



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 18.03.2014, 18:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bilanz des Projekt
HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für
Studierende und Projektverlängerung

Vorl.Nr. 063/14

Beschluss:

1. Die Wohnsitzkampagne, deren Durchführung bis einschließlich des Jahres 2014 beschlossen wurde, wird auch in den Jahren **2015** und **2016** durchgeführt.
2. Mit der Fortsetzung der Durchführung der Erstwohnsitzkampagne wird wiederum die Firma AMARETIS aus Göttingen auf der Basis ihres Angebotes vom 22. Januar 2014 zur Fortführung der Wohnsitzkampagne in Ludwigsburg in Höhe von ca. 55.000 Euro inkl. MwSt. jährlich beauftragt.
3. Die Verwaltung berichtet auch weiterhin regelmäßig über den Stand des Projektes, planmäßig wieder Anfang 2015.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung äußert Stadträtin **Liepins** den Wunsch, die Situation Kinderspielplatz und Parkplatz an der Karlskaserne zu diskutieren.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt hierzu, dass er BM Ilk gebeten habe, das Thema auf eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zu nehmen.

EBM **Seigfried** geht davon aus, dass das Thema im dortigen Ausschuss aufgerufen werde.

Daraufhin steigt EBM **Seigfried** in die Tagesordnung ein und verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 063/14. Er begrüßt die anwesenden Vertreter der Agentur AMARETIS.

Herr **Albrecht** (FB Bürgerdienste) erläutert diese im Anschluss kurz. Die Resonanzen seien positiv und man schlage vor, das Projekt weiterzuführen.

Aus einer Diskussionsveranstaltung der Pädagogischen Hochschule berichtet **EBM Seigfried** in Bezug auf das Projekt HEIMVORTEIL über noch offene Wünsche insbesondere in Richtung Wohnen, es würden aber auch noch mehr Angebote im kulturellen Bereich gewünscht. Man werde diese beiden Themenbereiche aufgreifen.

Herr **Albrecht** ergänzt, dass man heute ein konstruktives Gespräch mit Vertretern der ASTA geführt habe, in dem man viele Ansätze gefunden habe.

In der nachfolgenden Aussprache erinnert Stadtrat **Meyer**, dass man vor zwei Jahren noch heftig um die Form, wie das Projekt HEIMVORTEIL auf den Markt gebracht werden solle, gerungen habe. Aus Sicht seiner Fraktion sollte diese fortgesetzt werden. Jedoch seien in Bezug die Kostenaufstellung die Darstellung der Zahlen schwer nachzuvollziehen. Man stimme dem Beschlussvorschlag zu, sei aber der Meinung, dass die Kampagne für einen deutlich geringeren Betrag als 55.000 Euro fortzusetzen sein müsste. Er schlägt vor, beispielsweise ein Erstsemesterfest in der Innenstadt auszurichten, um die neuen Studenten in die Innenstadt zu bringen.

Auch für Stadtrat **Daferner** stellt sich insbesondere die Frage, wie sich die Kosten künftig darstellten, ob das Gespräch auch über die ASTA hinaus gesucht worden sei, wie die Überprüfung stattdessen und ob sich dies auch weiter rechne. Auch sei sinnvoll, die Thematik des preiswerten Wohnraums für Studentinnen und Studenten noch einmal in den Ausschüssen zu behandeln. Mit diesem Vorbehalt und den Fragestellungen stimme man der Vorlage zu.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, man sei der Sache vor zwei Jahren skeptisch gegenüber gestanden, und gratuliere zum bisherigen positiven Verlauf der Entwicklung. Bedeutsam sei jedoch für seine Fraktion die Frage, was unterm Strich künftig an Kosten auf die Stadt zukomme. Studentenwohnen sei nicht nur in Ludwigsburg problematisch, sondern auch in anderen Hochschulstädten. Die Schaffung neuen Wohnraums für Studenten müsse jedoch nicht immer zwangsläufig durch die Stadtverwaltung oder die Wohnungsbau erfolgen sondern könnte auch auf privatem Markt stattfinden.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht seine Anerkennung insbesondere auch für die Einbindung der IHK in die Kampagne aus. Es gebe nur Gewinner, nämlich die Studenten, die Stadt und die Hochschulen. Die Zahl der Erstwohnsitzanmeldungen entwickle sich erfreulich. Im Besonderen beschäftige die Studenten der knappe Wohnraum. Er regt an, auch Vorteile wie beispielsweise die im städtischen Kulturprogramm beinhalteten großen Ermäßigungen für Studenten in das Verzeichnis der Vorteilsgeber mit aufzunehmen. Seine Fraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **Heer** betrachtet insgesamt das Ergebnis der Kampagne als gut. Jedoch stellten sich insbesondere im Zusammenhang mit der Gewährung des HEIMVORTEIL im Bereich der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH mit einem Rabatt in Höhe von 50% noch verschiedene Fragen. Insbesondere gelte es zu bedenken, ob der knappe Wohnraum dadurch nicht anderen Wohnungssuchenden weggenommen werde.

Stadträtin **Lange** kann der Vorlage nicht zustimmen, weil aus ihrer Sicht die Studenten vor allem bezahlbaren Wohnraum brauchten.

EBM Seigfried führt aus, dass sich die Hochschulleiter über die Signale der Stadt in Richtung Studenten sehr freuten. Die Verknüpfung zu den Studenten sei der Stadt sehr wichtig. Bedeutsam sei die Wahrnehmbarkeit als Studentenstadt und die Pflege einer Willkommenskultur.

Bezug nehmend auf das Thema Wohnen erläutert **EBM Seigfried** des Weiteren, dass die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH in der Vergangenheit keinen Bonus für Studierende eingeräumt habe. Allerdings gebe es Wohnungen, die nur noch zeitlich begrenzt nutzbar seien und die den Studenten angeboten würden. Man sei auch mit dem Studentenwerk, das für

Studentenwohnungen zuständig sei, im Gespräch.

Herr **Albrecht** beantwortet daraufhin weitere offene Fragestellungen aus dem Gremium und geht dabei erläuternd insbesondere auf die Themenbereiche der Kostenaufstellung und der Gesamtkosten ein.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 063/14 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2	Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen - Standort - Raumprogramm - Grundsatzbeschluss - Art der Vergabe der Planungsleistung (Vorberatung)	Vorl.Nr. 084/14
-------	--	-----------------

Beschlussempfehlung:

- 1) Als Standort für das neue Kinder- und Familienzentrum wird der bisherige Schulstandort in der Neuen Straße festgelegt.
- 2) Dem als Anlage 4 zur Vorl.Nr. 084/14 beigefügten Raumprogramm vom 05.03.2014 für ein 5-gruppiges Kinder- und Familienzentrum wird zugestimmt.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Träger der Kath. Kindertageseinrichtung, Landäcker Straße Gespräche aufzunehmen und ein Raumprogramm für die Erweiterung der Einrichtung um eine Krippengruppe und eine Kindergartengruppe zu entwickeln. Für die Erstellung der Planung bis Leistungsphase 3 erhält der Träger eine Planungsrate als Zuschuss in Höhe von 15.000€.
- 4) Dem Raumprogramm für die 2-gruppige Interimslösung wird zugestimmt.
- 5) *Vorberatung im BTU*
- 6) *Vorberatung im BTU*
- 7) *Vorberatung im BTU*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 084/14. Er erläutert, dass zwischenzeitlich eine Bürgerinformationsveranstaltung stattgefunden habe. Dort

sei der Wunsch nach einer dezentralen Lösung deutlich geworden, weshalb die Vorlage überarbeitet wurde.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert nachfolgend kurz die Vorlage und die Gründe des nun vorliegenden Vorschlags der Verwaltung, insbesondere auch mit Blick auf die zeitliche Schiene.

In der nachfolgenden Aussprache stellt Stadträtin **Kopf** eine Aufbruchsstimmung unter den Bürgern fest und den Wunsch einer weiteren Belebung der Mitte. Ihre Fraktion stehe zur dezentralen Lösung. Das vorliegende Raumprogramm entspreche dem Standard des sehr ansprechenden Kinder- und Familienzentrums Grünbühl-Sonnenberg. Die bedarfsorientierte Erweiterung der Kath. Kindertageseinrichtung in der Landäckerstraße werde begrüßt. Der Interimslösung in der Schwarzwaldstraße, Haus Violetta, könne man zustimmen. Das Thema Grundschule müsse angegangen und dem Stadtteil eine Perspektive gegeben werden. Der Vorlage stimme ihre Fraktion zu.

Auf Anfrage von Stadträtin **Liepins** erklärt EBM **Seigfried** zum zeitlichen Ablauf, dass das Thema noch im Stadteilausschuss beraten, dann am 2. April im Gemeinderat und nachfolgend im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales abschließend behandelt werde.

Stadträtin **Liepins** bringt die Freude ihrer Fraktion über die schnelle Überarbeitung der Vorlage zum Ausdruck. Der Wunsch der Bevölkerung nach einer dezentralen Versorgung sei deutlich gewesen. Man freue sich auch über die weitere Nutzung des alten Schulhauses in der Neuen Straße als erhaltenswertes Gebäude mit historischer Bausubstanz. Ihre Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht den Dank seiner Fraktion für die schnelle Änderung der Vorlage aus. Man sei erfreut über das klare Ergebnis aus der Bürgerbeteiligung. Im Hinblick auf Möglichkeiten einer gemeinsamen Nutzung von Räumlichkeiten sei aus Sicht seiner Fraktion wichtig, dass seitens des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft mit der Katholischen Kirchengemeinde enger Kontakt und enge Abstimmung bei der Planung in Bezug auf den Umbau oder eventuellen Neubau der Grundschule in Neckarweiningen stattfinde. Ansonsten stimme man dem Vorschlag zu.

Auch Stadträtin **Klett-Heuchert** begrüßt im Namen ihrer Fraktion die Planung des neuen Kinder- und Familienzentrums in der Neuen Straße. Betrachte man den heutigen Bedarf, müssten Plätze viel schneller zur Verfügung gestellt werden. Wichtig sei der Verbleib des denkmalgeschützten Gebäudes in der Neuen Straße in städtischer Hand. Man unterstütze auch die Erweiterung der Katholischen Einrichtung und sehe Synergien in der Nähe zur Grundschule. Ihre Fraktion stimme ebenfalls der zweigruppigen Interimslösung zu und hoffe auf eine beschleunigte Umsetzung.

Stadtrat **Heer** sieht in dem Verfahren ein gutes Beispiel, wie Bürgerbeteiligung fruchten kann. Sicher gebe es in den einzelnen Einrichtungen Handlungsbedarf in der Qualitätssicherung, auch bezüglich Gebäude und Substanz. Man stimme der vorliegenden dezentralen Lösung zu.

Stadträtin **Lange** hingegen kann sich dem Vorschlag nicht anschließen und erklärt, sie werde sich bei der Beschlussfassung der Stimme enthalten. Die Grundschule sei total marode, es seien wegen des Wasserschadens umfangreiche Bauarbeiten notwendig. Das rückwärtige Gebäude müsse evtl. abgebrochen oder saniert werden. Der jetzt vorliegende Vorschlag sei aus ihrer Sicht nicht schlüssig.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass die Verwaltung ursprünglich zwei Alternativen vorgestellt habe. Aufgrund der Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung sei die Vorlage nun überarbeitet worden.

Auf Anfrage von Stadtrat **Heer** erklärt EBM **Seigfried**, dass ihm das Interesse eines freien Trägers nicht bekannt sei.

Für den Stadteilausschuss Neckarweihingen meldet sich im Anschluss Herr **Franczak** (Mitglied des Stadteilausschusses) zu Wort und bringt die Erleichterung seitens des Stadteilausschusses angesichts der Vorlage zum Ausdruck. Bezug nehmend auf die Interimslösung weist er darauf hin, dass die Piazza in der Mitte des Kindergartens Violetta wegen des speziellen pädagogischen Konzeptes des Kindergartens als pädagogische Fläche benötigt werde. Des Weiteren berichtet er von der Sorge der Anwohner in der Neuen Straße, dass durch die Einrichtung des Kindergartens insbesondere der Verkehr zunehmen könnte.

EBM **Seigfried** erläutert, dass eine Abwägung aller Interessen erfolgt sei. Natürlich sei ein Standort Neue Straße auch mit zusätzlichem Verkehr verbunden.

Abschließend stellt EBM Seigfried die Vorl.Nr. 084/14 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3

Antrag auf Einrichtung einer
Gemeinschaftsschule - Neugründung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 065/14

Beschlussempfehlung:

1. Dem Antrag auf Einrichtung einer neu zu gründenden Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2015/2016 wird zugestimmt.
2. Die Stadt Ludwigsburg erklärt, dass die Voraussetzungen der räumlichen und sächlichen Ausstattung zur Gewährleistung aller Bildungsstandards, der Inklusion und des Ganztagesbetriebs vorliegen bzw. geschaffen werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für den Betrieb der Gemeinschaftsschule zum Haushalt 2015 anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 und 3.2, Vorl.Nr. 065/14, 102/12 und 103/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegenden Beratungsunterlagen in Form der Beschlussvorlage Nr. 065/14 sowie den Anträgen der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 102/12 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 103/12. Erläuternd führt er in den Sachverhalt ein und spricht seitens des Schulträgers allen Beteiligten der Arbeitsgruppen, insbesondere den Lehrerinnen und Lehrern, die an der Entwicklung des Konzeptes als Grundlage für eine Gemeinschaftsschule mitgewirkt haben, Dank für ihre Arbeit aus.

Im Anschluss erfolgt eine ausführliche Powerpoint-Präsentation.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt zunächst die Ausgangslage dar, geht auf die mit Gemeinderatsbeschluss vom 18.07.2012 beschlossenen Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ein und erläutert die nachfolgenden weiteren Schritte.

Daraufhin macht Herr **Widmeier** (Sprecher Lenkungsgruppe Gemeinschaftsschule, Lehrer Justinus-Kerner-Schule) Ausführungen zu den Mitwirkenden des Entwicklungsprozesses und deren personelle Zusammensetzung, insbesondere die Lenkungsgruppe, Konzeptgruppe, begleitet durch das Staatliche Schulamt, einem externen Berater und der Schulverwaltung der Stadt Ludwigsburg. Er zeigt weiterhin die Ziele einer Gemeinschaftsschule auf.

Frau **Smolarek-Zimmer** (Sprecherin Lenkungsgruppe Gemeinschaftsschule, Schulleiterin Oststadtschule I) erläutert anschließend das Konzept für eine Ludwigsburger Gemeinschaftsschule und das weitere Vorgehen. Das Konzept beinhalte die sieben Bausteine Lernkultur, Ganzttag, Berufliche Orientierung, Inklusion, Lernende Schule, Verantwortung fördern und fordern und Schulsozialarbeit. Sie geht des Weiteren erläuternd auf die Thematik der Lernkultur in der Gemeinschaftsschule ein.

Ergänzend macht Herr **Widmeier** Ausführungen in Bezug auf den Ganzttag in der Gemeinschaftsschule und zeigt dies zur Verdeutlichung beispielhaft anhand eines Wochenplans auf.

Die Präsentation fortfahrend zeigt Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) anhand einer Skizzierung den Schulcampus Innenstadt ab 2018 und weiterhin die Raumsituation 2015 bis 2017 auf. Die Aula stehe der Gemeinschaftsschule zur Verfügung. Er erläutert, welche Räume im Gebäude dem Goethe-Gymnasium in der Umbauzeit zur Verfügung stehen. Weiterhin macht er Ausführungen zur Bewertung der Schulentwicklungsplanung. Man vertrete die Auffassung, dass in Ludwigsburg alle Schularten angeboten werden sollten.

Frau **Schmetz** schließt die Präsentation mit Ausführungen zu den Antragsformularien und dem weiteren Vorgehen nach Beschlussfassung des Gemeinderats. Der Start der Gemeinschaftsschule könnte am 19.09.2015 erfolgen.

In der nachfolgenden Aussprache spricht Stadtrat **Meyer** für seine Fraktion allen Beteiligten für ihr hohes Engagement Dank aus. In seiner Fraktion gebe es unterschiedliche Betrachtungsweisen. Die im Konzept dargestellten sieben Bausteine würden für eine engagierte, zukunftsfähige Schule ebenso an anderer Stelle und heute gelten. Der Neugründung einer Gemeinschaftsschule werde man mehrheitlich zustimmen. Parallel wolle man die Realschulen weiter unterstützen und ertüchtigen. Mit Blick auf die Wahlfreiheit der Eltern sollten neben einer gebundenen Gemeinschaftsschule auch die Realschulen in Form eines offenen Ganztags weiter ausgebaut werden, um eine gewisse Chancengleichheit zu bieten.

Stadtrat **Daferner** dankt im Namen seiner Fraktion für die Zusammenarbeit der Entwickler der Konzeption und der Verwaltung. Die Neugründung werde als große Chance betrachtet, dass die dargestellten konzeptionellen Vorstellungen auch umgesetzt werden. Man gehe davon aus, dass im Ausschuss über den Stand der Fragestellungen und die weitere Entwicklung berichtet werde und stimme der Vorlage gerne zu.

Stadträtin **Moersch** spricht für ihre Fraktion großen Respekt für die geleistete Arbeit der Arbeitsgruppe aus. Ihre Fraktion sei heute geschlossen dafür, für die Neugründung der Gemeinschaftsschule den Startschuss zu geben. Die Erwartungshaltung sei hoch und die Gemeinschaftsschule werde in dieser hervorragenden bestehenden Schullandschaft beweisen müssen, dass sie das bisher noch fehlende Modul darstelle. Ihre Fraktion werde den Prozess wohlwollend begleiten.

Stadtrat **Dr. Vierling** bringt seitens seiner Fraktion die Unterstützung des Antrags auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule zum Ausdruck, insbesondere werde die Neugründung begrüßt. Mit der pädagogischen Konzeption sei hier gute Vorarbeit geleistet worden. Nun sei es an der Zeit, nach außen zu gehen und die Namen der zum Gemeinschaftsschulkollegium gehörenden Lehrkräfte in der Schulöffentlichkeit publik zu machen, die mit ihren Fähigkeiten der Schule ihren Stempel aufdrücken werden. Ebenso sollte benannt werden, welche Lehrkräfte der Realschulen und Gymnasien die pädagogische Konzeption schon im Vorgriff umsetzen.

Stadtrat **Heer** sieht in der Neugründung der Gemeinschaftsschule einen neuen Weg in der Bildungspolitik mit gravierenden Auswirkungen auf die Schullandschaft. Die Gemeinschaftsschule starte unter den besten räumlichen und sächlichen Voraussetzungen und besitze sicher eine hohe Attraktivität. Bedenklich halte man jedoch die Entwicklung des Sterbens der Haupt- und Werkrealschulen, auch die Realschulen seien in Gefahr. Wichtig sei die Gleichheit und Gleichbehandlung aller Schularten. Nicht alle Schulen, insbesondere Realschulen und Gymnasien, hätten jedoch die gleiche Aufmerksamkeit genossen und Unterstützung in sächlicher, räumlicher und personeller Ausstattung erfahren. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf seitens der Landesregierung. Der Vorlage werde man mehrheitlich zustimmen.

Für Stadträtin **Lange** ist die Gemeinschaftsschule in Ludwigburg sehr willkommen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 065/14 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3.1 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2012 Vorl.Nr. 102/12

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 und 3.2, Vorl.Nr. 065/14, 102/12 und 103/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2012, Vorl.Nr. 102/12 ist mit Beratung und Beschlussfassung im Gremium über die Vorl.Nr. 065/14 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 3, Vorl.Nr. 065/14.

TOP 3.2 - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Vorl.Nr. 103/12
vom 20.03.2012

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 und 3.2, Vorl.Nr. 065/14, 102/12 und 103/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2012, Vorl.Nr. 103/12 ist mit Beratung und Beschlussfassung im Gremium über die Vorl.Nr. 065/14 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 3, Vorl.Nr. 065/14.

Beschluss:**Weiterentwicklung der Betreuungsangebote für Kinder bis zum Schuleintritt**

1. Für Pflugfelden wird ein zusätzlicher Bedarf von 30 Kleinkinderplätzen und 25 Kindergartenplätzen festgestellt.

Daher wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob

- a) bei der anstehenden Sanierung der evang. Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße die Schaffung von Kleinkindplätzen möglich ist,
- b) der weitere Betreuungsbedarf durch eine Neubaumaßnahme an der Grundschule abgedeckt werden kann,
- c) die Einrichtung eines Kinderneustes in Angriff genommen werden kann.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ein Raumkonzept für die Grundschule Pflugfelden zu erstellen, das den Anstieg der Schüler- und Klassenzahlen und den Ausbau als Ganztagschule berücksichtigt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, kostengünstige Sofortmaßnahmen zur Sicherung des Schulbetriebs vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4, 4.1 und 4.2, Vorl.Nr. 062/14, 447/13 und 427/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen in Form der Beschlussvorlage Nr. 062/14 sowie den Anträgen der CDU-Fraktion vom 20.11.2013, Vorl.Nr. 447/13 und der Stadträte Noz (CDU), Glasbrenner (FW) und Müller (FDP) vom 04.10.2011, Vorl.Nr. 427/11 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert nachfolgend die Vorlage und zeigt die Vorschläge der Verwaltung auf. Der Betreuungsbedarf im Ganztagesbereich bei der Schule aber auch im Kindertagesstätten Bereich müsse abgedeckt, dabei aber auch die langfristige Entwicklung im Stadtteil im Auge behalten werden. In der Nähe der Schule könnten Schulkind- und Kindertagesstätten Betreuung kombiniert werden.

Ergänzend verweist EBM **Seigfried** auf die Berichterstattung von Frau Weber (Dezernat II) über Erkenntnisse und Ergebnisse aus der Bildungskonferenz in der Stadtteilausschusssitzung Pflugfelden am 12.03.2014. Man werde dauerhaft die Plätze der AWO in der Steinbeisstraße nutzen, ebenso müssten die sich dort im Ort selbst anbietenden Möglichkeiten ins Auge gefasst werden.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kopf** als zentrales Ergebnis der Bildungskonferenz dringenden Handlungsbedarf im Bereich U3, Ü3 und vor allem an der Grundschule. Sie vertritt die Auffassung, dass der Stadtteil eine Gesamtplanung brauche und sieht dringenden Bedarf an einer Zeit- und Maßnahmenplanung. Es dürfe nicht sein, dass ein Stadtteil noch mit solchen Schwierigkeiten kämpfe.

Stadtrat **Daferner** ist der Meinung, dass in der Stammheimer Straße geprüft werden solle, ob doch eine Erweiterung möglich sei. Die Zeit sei reif, dass Pflugfelden nun auch zum Zug komme. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Auch Stadträtin **Moersch** erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage. Man müsse nun zügig vorankommen und bitte, schnellstmöglich einen Zeitplan zu den Maßnahmen vorzulegen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** stellt fest, dass man in der Bereitstellung von Betreuungsplätzen deutlich hinterher hinke. Sie plädiert dafür, möglichst schnell zu reagieren und nicht auf einen möglichen Rückgang zu äugen. Man erwarte zeitnah eine Vorlage zur Umsetzung.

Stadtrat **Heer** stellt fest, dass dringend Kindergartenplätze und eine Ganztagesbetreuung in der Schule gebraucht würden. Auf diese Situation sei 2011 bereits hingewiesen worden. Man müsse bestimmte Maßnahmen priorisieren und Pflugfelden sehe er dabei an erster Stelle. Es mache Sinn, auf dem Bereich des Schulgeländes zu planen. Der Vorlage stimme man zu.

Auf Anfrage von Stadträtin **Kopf** erläutert Frau **Schmetz**, dass in der Stammheimer Straße die Sanierung im nächsten Jahr vorgesehen sei. Eine Erweiterung sei mit Blick auf das dortige Baufenster jedoch nicht umsetzbar.

Zum Zeitplan führt EBM **Seigfried** aus, er werde angesichts der heutigen Diskussion nochmals auf eine zügige Planung des Umbaus in der Stammheimer Straße drängen. Zu der Frage Schule und Kindergarten im Schulbereich sei das Raumprogramm Stufe 1 des Verfahrens. Das Raumprogramm sollte möglichst im zweiten Quartal vorliegen.

Auf Anmerkung von Herrn **Noz** (Mitglied des Stadtteilausschusses Pflugfelden) erklärt EBM **Seigfried**, dass man in Pflugfelden zwar einen auf den Ortsteil bezogenen Fehlbedarf in der Kinderbetreuung habe. Jedoch könne man an anderen Einrichtungen in der Stadt Plätze belegen. Natürlich wolle man die Situation verbessern, jedoch könne nicht jeder Bedarf in jedem Stadtteil gedeckt werden.

Herr **Vetter** (Schulleiter Grundschule Pflugfelden) erklärt, dass sich die schulischen Gremien gegen eine Bebauung des westlichen Teils der Schulfläche und vielmehr für eine Überbauung im Osten, nämlich des Parkplatzes, aussprechen. Wichtig sei, dass das aktuelle Schulgelände nicht überbaut werde.

Als Ergebnis der Beratung schlägt EBM **Seigfried** vor, zum einen das Raumprogramm sowohl für die Bedarfe Kindertagesbetreuung als auch Schule zu erstellen. Parallel dazu sollen seitens des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung in Verbindung mit dem Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft mögliche Standortalternativen und deren Möglichkeiten aufgezeigt und somit gleichzeitig mit dem Raumbedarf Möglichkeiten der Verortung dargestellt werden.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 062/14 im Gremium zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4, 4.1 und 4.2, Vorl.Nr. 062/14, 447/13 und 427/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013, Vorl.Nr. 447/13 ist mit Beratung im Gremium und Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 063/14 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 4, Vorl.Nr. 062/14.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4, 4.1 und 4.2, Vorl.Nr. 062/14, 447/13 und 427/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Der Antrag der Stadträte Noz (CDU), Glasbrenner (FW) und Müller (FDP) vom 04.10.2011, Vorl.Nr. 427/11 ist mit Beratung im Gremium und Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 063/14 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 4, Vorl.Nr. 062/14.

Beschluss:

Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird ermächtigt, dem Friedrich-Schiller-Gymnasium Fördermittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft für das Theaterprojekt im Rahmen des Ganztagsangebots, in Kooperation mit der Kunstschule Labyrinth, für das Schuljahr 2013/2014 in Höhe von 4.760 € und für das Schuljahr 2014/2015 in Höhe von 7.140 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (privat verhindert)
Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 546/13 und führt erläuternd in den Sachverhalt ein. Herr Fanta als Kulturbeauftragter des Friedrich-Schiller-Gymnasiums stehe für Fragen zur Verfügung.

In der nachfolgenden Aussprache wird seitens des Gremiums durch Wortmeldungen der Stadträte **Kromer, Dr. Bohn, Dr. Vierling** und **Heer** sowie Stadträtin **Moersch** für ihre Fraktionen das Projekt des Friedrich-Schiller-Gymnasiums übereinstimmend begrüßt und die Zustimmung zur Vorlage zum Ausdruck gebracht.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 546/13 im Gremium zur Abstimmung.